

**Pressemitteilung**

4. Februar 2025

## **Stellungnahme zur Arbeit der Expert\*innenkommission der Stadt München zur Aufarbeitung der Heimerziehung, Pflege und Adoption**

Das Vorgehen der Stadt München bei der Aufarbeitung der Heimerziehung ist beispielhaft – auch wenn es spät kommt – für manche Betroffene sogar zu spät. Denn: Die meisten Opfer der Heimerziehung in Deutschland sind bereits im Rentenalter.

Wir begrüßen dabei ausdrücklich, dass die Untersuchungskommission den Perspektivwechsel von der Betrachtung einzelner Einrichtungen hin zum Auftraggeber vollzieht. Wie es ein Betroffener schon 2010 formulierte: *„Wir wurden ja nicht von den Nonnen von der Straße weg gekidnappt und in die kirchlichen Heime gesteckt, sondern vom Jugendamt dort hingeschickt – und dann vergessen“*.

Das verweist zugleich auf die anhaltende Verantwortung auch der Träger dieser Einrichtungen, oft kirchliche Ordensgemeinschaften und andere kirchliche Institutionen. Eine Entschuldigung von Staat und Kirche bei den Opfern ist überfällig – wie auch eine wirksame Unterstützung. Viele Insassen der Heime mussten bereits als Jugendliche in Betrieben und in der Landwirtschaft hart arbeiten, ohne dass dafür Beiträge abgeführt wurden. Sie wurden ausgebeutet und um ihre Zukunftschancen betrogen. Nach dem Vorbild Österreichs unterstützen wir daher die Forderung nach der Berücksichtigung der Heimaufenthalte bei der Rentenberechnung, etwa durch zusätzliche Rentenpunkte für die Betroffenen. Das wäre die unbürokratischste und einfachste Möglichkeit für ausgleichende Gerechtigkeit, ohne wieder jeden einzelnen Fall untersuchen zu müssen.

Viele Betroffene haben nicht nur körperliche Gewalt und seelische Beeinträchtigungen, sondern auch sexuelle Gewalt erlitten. Es ist beispielhaft, dass die Stadt München nun für ihren Zuständigkeitsbereich den Opfern Entschädigungsleistungen anbietet. Auch dies entlässt die kirchlichen Träger nicht aus ihrer Verantwortung, angemessenen Ausgleich zu leisten für das Verhalten ihrer geistlichen und weltlichen Mitarbeitenden.

Wir appellieren an den bayerischen Landtag nach diesem Vorbild auch andere Einrichtungen in Bayern aufarbeiten zu lassen, wie etwa das berüchtigte **Piusheim** südlich von München, in dem auch Kinder aus anderen Teilen Deutschlands untergebracht wurden.

Schließlich unterstützen wir den Vorschlag, ebenfalls nach österreichischem Vorbild, die Opfer der Heimerziehung durch einen Staatsakt im Parlament zu würdigen und um Verzeihung zu bitten für die Belastungen, denen sie in Folge des erlittenen Leids in ihrem Leben ausgesetzt waren.

Matthias Katsch  
Sprecher und Geschäftsführer